

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 200-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1034

Eingereicht am: 10.10.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Bärtschi (Lützelflüh, SVP) (Sprecher/in)
Sutter (Langnau i.E., SVP)
Gschwend-Pieren (Lyssach, SVP)

Weitere Unterschriften:

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 20.11.2014

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Asylproblematik richtig anpacken

Der Regierungsrat wird beauftragt, folgende Massnahmen zur Bewältigung der aktuellen Asylproblematik zu ergreifen:

1. Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse (Bevölkerungszahl, Ausländeranteil, Lage der geplanten Unterkünfte) bei der Unterbringung der Asylsuchenden.
2. Verbesserung der Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden in den Gemeinden, insbesondere Verbesserung der Kommunikation mit den Behörden und nach aussen.
3. Intervention beim Bundesrat, dass die Ziele der verschärften Asylgesetzgebung erreicht und die Vorschriften nicht von Wirtschaftsmigranten umgangen werden.

Begründung:

Der Kanton Bern ist praktisch wöchentlich mit der Nachricht konfrontiert, dass eine neue Asylunterkunft eröffnet wird und die Bevölkerung ungenügend informiert wurde. Als Beispiel sei Schafhausen genannt, wo der Kanton trotz anderslautender Vereinbarung mit der Gemeinde mit der Kommunikation nach aussen vorpreschte und damit dem Gemeinderat die Möglichkeit nahm, vorgängig das Gespräch mit der Bevölkerung zu suchen. Dies ist umso gravierender, als die Bevölkerung von Schafhausen als Teil von Hasle mit dem Zuzug von Asylsuchenden praktisch verdoppelt wird.

Zu denken gibt auch die Tatsache, dass es sich bei den untergebrachten Personen oft nicht um Flüchtlinge aus den aktuell umkämpften Gebieten in Syrien handelt, sondern vielmehr um Einwanderer aus Eritrea. Der von der Regierung genannte Notstand ist also offenbar nicht durch die Kampfhandlungen in Syrien entstanden, sondern durch eine verstärkte Zuwanderungsbewegung aus Eritrea. Dies irritiert die Bevölkerung, die gerne bereit ist, traumatisierten Flüchtlingen Schutz zu gewähren, dann aber feststellen muss, dass es sich bei den untergebrachten Personen gar nicht um echte Flüchtlinge aus Kriegsgebieten handelt.

Begründung der Dringlichkeit: Die Situation in den Gemeinden droht zu eskalieren, wenn nicht so rasch wie möglich gehandelt wird.